

Max-Planck-Institut für
ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht 232

Sandra Stahl

Schutzpflichten im Völkerrecht – Ansatz einer Dogmatik

Max-Planck-Institut für ausländisches
öffentliches Recht und Völkerrecht



Beiträge zum ausländischen
öffentlichen Recht und Völkerrecht

Begründet von Viktor Bruns

Herausgegeben von
Armin von Bogdandy · Rüdiger Wolfrum

Band 232

Sandra Stahl

Schutzpflichten im Völkerrecht – Ansatz einer Dogmatik

Ein Beitrag zu Grund, Inhalt und Grenzen der
völkerrechtlichen Schutzpflichtendogmatik im
Bereich konventionell geschützter Menschenrechte

*Obligations to Protect in International Law – Doctrinal Reflections
A Contribution to Basis, Content and Limits of the Doctrine of
Obligations to Protect under International Human Rights Conventions*

(English Summary)



Springer

the language of science

ISSN 0172-4770

ISBN 978-3-642-27942-3

e-ISBN 978-3-642-27943-0

DOI 10.1007/978-3-642-27943-0

Springer Heidelberg Dordrecht London New York

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© by Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V., to be exercised by Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg 2012

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 9. September 1965 in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtsgesetzes.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Gedruckt auf säurefreiem Papier

Springer ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media (www.springer.com)

*Meinen Eltern.
In tiefer Liebe, Verehrung und Dankbarkeit.*

Vorwort

Die Dimension völkerrechtlicher Schutzrechte ist eine wachsend bedeutsame, aber gleichwohl wenig aufgearbeitete Funktionskategorie konventionell gewährleisteter Menschenrechte. Die vorliegende Untersuchung entspringt dem Interesse, die sich in diesem Zusammenhang stellenden Rechtsfragen systematisch einer möglichen Antwort zuzuführen. Das Ziel dieser Arbeit ist ein kohärentes, auf konventionellen Menschenrechten aufbauendes Modell einer im universellen Völkerrecht anwendbaren Schutzpflichtendogmatik.

Die vorliegende Abhandlung wurde von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg als Dissertation im Sommersemester 2010 angenommen. Rechtsentwicklung, Judikatur und Literatur wurden bis Juni 2009 berücksichtigt.

Zu einem ganz wesentlichen Teil bin ich meinem Doktorvater, *Herrn Professor Dr. Stefan Oeter*, Leiter des Instituts für Internationale Angelegenheiten an der Universität Hamburg, verpflichtet. Als ich diese Untersuchung begann, lagen Arbeiten zur Lehre völkerrechtlicher Schutzpflichten kaum, und nur in Bezug auf die regional-europäische Rechtsprechung vor. Meinem Doktorvater danke ich daher für die Anregung, die Thematik einer im universellen Völkerrecht gültigen Schutzpflichtendogmatik zum Gegenstand meiner Arbeit zu machen. Mein ganz herzlicher Dank gilt ihm zudem für die kontinuierliche, unterstützende und immer interessierte Betreuung meiner Doktorarbeit. Ohne seine vielfältige Förderung hätte die Arbeit in dieser Form nicht entstehen können.

Herzlicher Dank gilt zudem *Herrn Professor Dr. Klatt*, Juniorprofessor für Öffentliches Recht, Europarecht, Völkerrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Hamburg, für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens.

Herrn Professor Dr. Dr. h. c. Rüdiger Wolfrum und *Herrn Professor Dr. Armin von Bogdandy*, Direktoren am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, danke ich für die Aufnahme der vorliegenden Arbeit in die Schriftenreihe des Instituts und die hiermit verbundene finanzielle Förderung der Drucklegung.

Die vorliegende Arbeit wurde durch ein Promotionsstipendium der *Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit* mit Mitteln des Bundes-

ministeriums für Bildung und Forschung gefördert. Für diese Förderung und das damit verbundene Vertrauen in ein Gelingen der Arbeit bedanke ich mich ganz herzlich.

Ein besonderer Dank gilt schließlich *Herrn Professor Dr. Hau*, Professor für Bürgerliches Recht, Zivilprozessrecht sowie Internationales Privatrecht an der Universität Passau, der durch seine Lehrtätigkeit an der Universität Trier während meiner Studienzeit meine Begeisterung für die Juristerei weckte.

Ich möchte allen danken, die mir während meiner Promotionsphase mit offenem Ohr zur Seite gestanden haben, denn diese Menschen haben die Grundlage für meine Doktorarbeit in ihrer nun vorliegenden Form geschaffen. Hierzu gehören meine Freunde und mein Mentor bei Clifford Chance, *Herr Dr. Wolfgang Richter M. P. A.* (Harvard).

Nicht in Worte zu fassender Dank gilt schließlich meinen Eltern, denen diese Arbeit gewidmet ist. Sie haben mich unermüdlich ermutigt, unterstützt und geholfen, wann immer es notwendig war.

Frankfurt, im November 2010

Sandra Stahl

Inhaltsverzeichnis

Teil 1. Einleitung	1
A. Anlass, Gegenstand und Ziel der Untersuchung	1
B. Eingrenzung des Gegenstands.....	4
C. Gang der Untersuchung	4
D. Thesen	5
E. Begriffsklärungen	6
I. Schutzrecht, Schutzpflicht und Schutzanspruch	6
II. Spruchkörper, Spruchaussagen und Rechtsprechung.....	7
III. Rechte und Rechtsgüter	8
Teil 2. Normstruktur völkerrechtlicher Schutzrechte	9
A. Einleitung.....	9
B. Normtheoretische Betrachtungen zu der Konstruktionsmöglichkeit und der Normzugehörigkeit völkerrechtlicher Schutzrechte.....	10
I. Überlegungen zu der Konstruktionsmöglichkeit völkerrechtlicher Schutzrechte.....	10
1. Unterscheidung von Innen- und Außentheorie: Außentheorie als Erklärungsansatz für die Struktur völkerrechtlicher Schutzrechte	10
2. Folgen für die vorliegende Untersuchung (die Schutzpflichtendogmatik).....	13
II. Zur Bedeutung einer Unterscheidung von „Regel“ und „Prinzip“ im Recht: Zuordnung völkerrechtlicher Schutzrechte.....	14
1. Eingrenzung der zu behandelnden theoretischen Fragen	14
2. Begriffe „Regel“ und „Prinzip“ sowie zu den Trennungstheorien und der Übereinstimmungstheorie.....	15
3. Völkerrechtliche Schutzrechte sind Prinzipien	17
4. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit: Ein (beschränkendes) Prinzip	21

5. Folgen für die vorliegende Untersuchung (die Schutzpflichtendogmatik).....	22
C. Übertragbarkeit von nationalen Rechtserkenntnissen auf die völkerrechtliche Schutzpflichtendogmatik.....	23
I. Übertragbarkeit von nationalem Rechtswissen	23
II. Grenzen der Übertragbarkeit.....	26

Teil 3. Schutzpflichten im Völkerrecht: Darstellung anhand ausgewählter Menschenrechtsverträge	27
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------

Kapitel 1. Grundlagen und allgemeine Lehren	27
A. Einführung in die Problematik des dritten Teils.....	27
I. Zielsetzung.....	27
II. Gang der Untersuchung	29
III. Eingrenzung des Gegenstands.....	30
IV. Zur dogmatischen Vorgehensweise in Teil 3	31
B. Begriffe „Schutzrecht“ und „Schutzpflicht“ und ihre Abgrenzung zu ähnlichen Funktionen der Menschenrechte.....	34
I. Schutzrechte und „Schutzpflichten im engeren Sinn“	35
1. Begriffe.....	35
2. Inhalt.....	36
II. Abgrenzung zu weiteren Funktionen der Menschenrechte... ..	36
1. Positive Verpflichtungen (positive Handlungspflichten)... ..	36
a. Begriff.....	36
b. Notwendigkeit einer Abgrenzung von „positiven Verpflichtungen“ und Schutzpflichten	38
2. Abwehrrechte.....	39
3. Teilhaberechte (Leistungsrechte)	40
4. Verfahrensrechte und verfahrensrechtliche Elemente.....	40
5. Einrichtungs-, Instituts- sowie institutionelle Garantien	41
III. „Staatliche Handlungen mit Doppelcharakter“	42
C. Exkurs: „(Un-)mittelbare Drittwirkung“ im Völkerrecht.....	44
I. Unmittelbare (direkte) Drittwirkung	45
II. Mittelbare (indirekte) Drittwirkung	46
D. Staatlicher Spielraum im Völkerrecht	47
I. Ursprung.....	47
II. „Beurteilungs-“ und „Ermessensspielraum“: Begriffe und Abgrenzung.....	49
III. Inhalt	50

IV. Grenzen.....	51
V. Kontrolle.....	52
E. Auslegungsmethoden im Rahmen völkerrechtlicher Verträge	53
I. Allgemeine Auslegungsregeln im Rahmen völkerrechtlicher Verträge	54
II. Besonderheiten bei der Auslegung menschenrechtlicher Verträge	54
1. Besonderheiten bei der Berücksichtigung von Ziel und Zweck.....	55
a. Objektiv-rechtliche Auslegung	55
b. Effektive Auslegung (<i>effet utile</i>)	57
c. Dynamische Auslegung	59
d. Folgen kombiniert dynamisch-effektiver Auslegung für die völkerrechtliche Schutzpflichtendogmatik	60
2. Besonderheiten aufgrund des historischen Willens (<i>travaux préparatoires</i>)	61
3. Besonderheiten bei einem Vergleich zu anderen Menschenrechtskonventionen	63
a. Dogmatischer Ansatz.....	63
b. Folgen für die völkerrechtliche Schutzpflichtendogmatik.....	64
4. Autonome Interpretation.....	64
a. Dogmatischer Ansatz.....	64
b. Folgen für die völkerrechtliche Schutzpflichtendogmatik.....	66
III. Grenzen der Auslegung, insbesondere „staatlicher Minimalkonsens“ und Rechtsfindung <i>contra legem</i>	66
1. Konsensprinzip	66
a. Grundsatz	66
b. Maß des staatlichen Konsenses	67
c. Ausnahme	69
d. Folgen für staatliche Spielräume	70
2. Verbot einer Rechtsfindung <i>contra legem</i>	71
3. Folgen für die völkerrechtliche Schutzpflichtendogmatik	72

Kapitel 2. Rechtsgrund völkerrechtlicher

Schutzrechte	73
A. Rechtsnatur völkerrechtlicher Schutzrechte	73
I. Rechtsquellen des Völkerrechts	73

II.	Folgen für die Rechtsnatur völkerrechtlicher Schutzrechte.....	74
B.	Ausgewählte Menschenrechtsverträge.....	77
I.	EMRK.....	78
II.	IPbpr.....	80
III.	AMRK.....	84
C.	Die Herleitung von Schutzrechten.....	87
I.	Exkurs: Schutzrechte und -pflichten im deutschen Verfassungsrecht.....	87
1.	Genese der Schutzpflichtenlehre in der Bundesrepublik Deutschland.....	88
a.	Staatstheoretische Begründungsansätze seit der Neuzeit.....	88
b.	Aussagen im Grundgesetz.....	91
c.	Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.....	92
aa.	Herleitung.....	92
bb.	Inhalt.....	93
d.	Literaturstimmen.....	94
e.	Folgen.....	95
2.	Übertragbarkeit nationaler Ansätze zur Herleitung von Schutzrechten auf das Völkerrecht?.....	96
a.	Ableitung von Schutzrechten aus der Menschenwürde, bzw. den völkerrechtlichen Folterverbotstatbeständen.....	97
b.	Ableitung von Schutzrechten aus dem Recht auf Leben bzw. dem jeweils erstgenannten materiellen Konventionsrecht.....	98
c.	Ableitung von Schutzrechten aus den Menschenrechten als objektiver Ordnung.....	99
d.	Ableitung von Schutzrechten aus einem völkerrechtlichen „Recht auf Sicherheit“.....	99
e.	Ableitung aufgrund eines Präambelverweises.....	100
f.	Ableitung anhand staatstheoretischer Gründe.....	100
g.	„Abwehrrechtliche Lösung“: Völkerrechtliche Schutzrechte als Unterfall völkerrechtlicher Abwehrrechte.....	101
h.	Ableitung von Schutzrechten aus dem „Drittrichtungscharakter“ von Menschenrechten.....	102
i.	Ergebnis zur Übertragbarkeit nationaler Ableitungsansätze auf das Völkerrecht.....	103
II.	Herleitung von Schutzrechten im Völkerrecht.....	104
1.	Begründungsansätze für die EMRK.....	104

a. Konventionstext	104
b. Rechtsprechung und Beratende Versammlung	105
c. Lehre	110
2. Begründungsansätze für den IPbPR.....	111
a. Konventionstext	111
b. Spruchpraxis	112
c. Lehre	113
3. Begründungsansätze für die AMRK	113
a. Konventionstext	113
b. Rechtsprechung und sonstige Spruchpraxis.....	114
c. Lehre	116
III. Stellungnahme: Allgemeiner Ableitungsansatz für sämtliche konventionelle Schutzrechte.....	117
D. Zur Möglichkeit staatlicher Schutzrechte bei jedem Menschenrecht.....	120

Kapitel 3. Tatbestandsvoraussetzungen

völkerrechtlicher Schutzrechte	121
A. Allgemeine Tatbestandsmerkmale völkerrechtlicher Schutzrechte.....	122
I. Kein staatlich zurechenbarer Eingriff als negative Voraussetzung.....	122
1. Begrifflichkeiten: Handlung, Zurechnung und Eingriff.....	123
2. Abgrenzung der Dimensionen durch die Merkmale „Eingriff“ und „Übergriff“	124
3. Zurechnung	125
a. Begriff und Konzept	125
b. Rechtsgrundlage ILC-Entwurf	125
c. Inhalt gemäß Art. 5 bis 15 ILC-Entwurf	126
aa. Grundsatz der Zurechnung	126
bb. Zurechnung ungeachtet der Stellung im Staatsaufbau (Art. 6 ILC-Entwurf).....	126
cc. Zurechnung bei föderalem Staatsaufbau (Art. 7 ILC-Entwurf).....	126
dd. Zurechnung bei faktisch staatlichem (<i>de facto</i>) Handeln (Art. 8 ILC-Entwurf)	127
(1) Zurechnungsregel	127
(2) Zur Möglichkeit der Entwicklung neuer Fallgruppen	128

	ee. Zurechnung bei staatlichem Organhandeln <i>ultra vires</i> (Art. 10 ILC-Entwurf).....	128
	d. Zur Frage der Grenzen staatlicher Zurechnung	129
	e. Entwicklung weiterer Zurechnungskriterien durch die Spruchpraxis?.....	129
	4. Vorgehensweise bei durch drittstaatliches Organhandeln oder eine konventionswidrige Situation verursachten Beeinträchtigungen	130
II.	Beeinträchtigtes Individuum (Handlungsobjekt)	131
	1. Schutzgüter.....	131
	2. Anwendbarkeit von konventionellen Menschenrechten	131
	3. Eröffnung des Anwendungsbereichs eines konkreten Schutzrechts	131
	a. Handlungsobjekt Individuum.....	132
	b. Geschütztes Recht, Ausschluss staatsbezogener Rechte.....	133
	c. Zeitpunkt der Rechtsbeeinträchtigung („Koinzidenzprinzip“).....	134
	d. Möglichkeit der Entwicklung von „Rahmenrechten“?	135
	e. Bedeutung des Rechts	136
III.	„Übergriff“ als Ursache einer Beeinträchtigung	137
	1. Begriff des „Übergriffs“	137
	2. Mögliche Verursacher und Ursachen eines Übergriffs	138
	a. Nichthoheitlich handelnde Individuen („privat handelnde Dritte“)	139
	b. Handlungen von Organen nicht konventionsgebundener Drittstaaten	140
	c. Konventionswidrige Situation.....	141
	aa. Erfasste Sachverhalte	141
	bb. Konventionswidrige Situation, hervorgerufen durch tatsächliche Umstände.....	142
	(1) Inhalt des Begriffs: Zwei Unterkategorien	142
	(2) Grenzen	145
	(3) Wertungsgesichtspunkte: Kausalität und völkerrechtliche Adäquanz	146
	cc. Konventionswidrige Situation, hervorgerufen durch rechtliche Umstände.....	146
	3. Exkurs: Einordnung von Fällen, die „Schutz- maßnahmen bei konventionswidriger Rechtslage“ erfordern	148

4.	Notwendigkeit einer Abgrenzung der drei Übergriffsformen?	150
IV.	Beeinträchtigung eines Rechts („Taterfolg“).....	150
1.	Begriffe „Taterfolg“ und „Beeinträchtigung“ sowie zur Notwendigkeit dieses allgemeinen Tatbestandsmerkmals.....	150
2.	Mögliche Formen der Beeinträchtigung eines Schutzrechts: Rechtsverletzung und -gefährdung.....	152
a.	Begriffliche Abgrenzung von „Rechtsverletzung“ und „Schutzpflichtverletzung“	152
b.	„Verletzung“ eines Rechts	153
c.	Zu der Möglichkeit der „Gefährdung“ eines Rechts sowie der Notwendigkeit einer Drei-Schritt-Prüfung	153
d.	Drei-Schritt-Prüfung	154
aa.	1. Stufe: Generelle Zulässigkeit.....	154
bb.	2. Stufe: Ermittlung der Gefahrenart	156
	(1) Gefahrenermittlung anhand des Grades an Wahrscheinlichkeit.....	156
	(2) Gefahr(enstufen) und Risiko	159
	(a) Konkrete Gefahr	159
	(b) Anscheinsgefahr	160
	(c) Gefahrverdacht.....	161
	(d) Scheingefahr (Putativgefahr)?	162
	(e) Risiko und abstrakte Gefahr	162
	(3) Zeitpunkt der Gefahrenprognose <i>ex-ante</i> und <i>ex-post</i>	163
	(4) Belästigungen und Bagatellen	163
	(5) Keine Erforderlichkeit subjektiver Elemente bei Gefährdungen	165
cc.	3. Stufe: Prüfung jedes Menschenrechts jeder Konvention und im Einzelfall	166
V.	Kausalität zwischen Übergriff und Taterfolg.....	169
1.	Problemaufriss und Spruchpraxis.....	169
2.	Kausalitätslehren	171
VI.	„Völkerrechtliche Adäquanztheorie“	174
1.	Allgemeines	174
2.	Fallgruppen und Wertungsgesichtspunkte.....	175
3.	Zuordnung scheinbarer Eingriffsfälle, Fallbeispiele und rechtliche Bewertung	177
VII.	„Völkerrechtliche Garantenschutzpflicht“	182

1. Problemaufriss; sowie zur Notwendigkeit einer völkerrechtlichen Garantenschutzpflicht	182
2. Abgrenzung zu der Garantienpflicht des deutschen Strafrechts	183
3. Abgrenzung zu der völkerrechtlichen Garantienpflicht... ..	184
4. Begriff der völkerrechtlichen Garantenschutzpflicht	184
5. Inhalt der Garantenschutzpflicht	185
a. Völkerrechtliche „Beschützer- und Überwachergaranten“: Inhaltsbestimmung durch Fallgruppenbildung.....	185
b. Fallgruppen „völkerrechtlicher Beschützergaranten“	185
c. Fallgruppen „völkerrechtlicher Überwachergaranten“	186
VIII. Schutzrechte auslösende Dreieckskonstellation („Tatsituation“) als allgemeines Tatbestandsmerkmal?	187
IX. Intensität als allgemeines Tatbestandsmerkmal?	188
X. Sorgfaltspflichtverletzung (Verschulden) als allgemeines Tatbestandsmerkmal?	189
XI. „Fehlende Rechtfertigung“ (Rechtswidrigkeit) als allgemeines Tatbestandsmerkmal?	194
XII. Schaden als allgemeines Tatbestandsmerkmal?	195
B. Besondere Tatbestandsmerkmale völkerrechtlicher Schutzrechte.....	196

Kapitel 4. Schutzpflichten – Eine

Bestandsaufnahme der menschenrechtlichen

Spruchpraxis (Kasuistik)	201
A. Einleitung.....	201
B. Rechtsgebilde „Staat“ als Adressat der Schutzpflicht.....	203
C. Der Begriff der „Verletzung“ einer staatlichen Schutzpflicht.....	205
D. Schutzpflichten „materieller Art“: Kasuistik	205
I. EMRK	205
1. Rechtsprechung.....	205
a. Art. 1 EMRK (Allgemeine Gewährleistungspflicht).....	206
b. Art. 2 EMRK (Recht auf Leben).....	207
c. Art. 3 EMRK (Verbot der Folter).....	209
d. Art. 4 EMRK (Verbot der Sklaverei und der Zwangsarbeit)	217
e. Art. 5 EMRK (Recht auf Freiheit und Sicherheit).....	217

f.	Art. 6 und 7 EMRK (Recht auf faires Verfahren, <i>nulla poena</i>).....	218
g.	Art. 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens).....	218
h.	Art. 9 EMRK (Religions- und Gewissensfreiheit).....	222
i.	Art. 10 EMRK (Meinungsäußerungsfreiheit).....	223
j.	Art. 11 EMRK (Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit).....	224
k.	Art. 12 EMRK (Recht auf Eheschließung).....	228
l.	Art. 13 EMRK (Recht auf wirksame Beschwerde).....	228
m.	Art. 14 EMRK (Diskriminierungsverbot).....	228
n.	Art. 2 S. 1 des 1. ZP. zur EMRK i. V. m. Art. 1 EMRK (Recht auf Bildung).....	228
o.	Sonstige.....	230
2.	Stellungnahme, insbesondere auch zu den Folgen für die völkerrechtliche Schutzpflichtendogmatik.....	231
II.	IPbPR.....	235
1.	Spruchpraxis.....	235
a.	Art. 2 Abs.1, 2 und 3 Ziff. a) IPbPR (Allgemeine Gewährleistungspflicht).....	235
b.	Art. 6 Abs. 1 IPbPR (Recht auf Leben).....	235
c.	Art. 7 IPbPR (Verbot der Folter).....	237
d.	Art. 8 IPbPR (Verbot der Sklaverei, der Leibeigenschaft und Zwangsarbeit).....	238
e.	Art. 9 bis 11 IPbPR (Rechte auf Freiheit und Sicherheit).....	239
f.	Art. 14 und 15 IPbPR (Justizgrundrechte, <i>nulla poena</i>).....	240
g.	Art. 17 IPbPR (Recht auf Achtung der Privatsphäre, Familie und Wohnung etc.).....	240
h.	Art. 19 IPbPR (Meinungs-, Meinungsäußerungs- und Informationsfreiheit).....	241
i.	Art. 20 Abs. 1 IPbPR (Verbot der Kriegspropaganda).....	241
j.	Art. 23 IPbPR (Vereinigungsfreiheit).....	242
k.	Art. 24 IPbPR (Schutz des Minderjährigen).....	242
l.	Art. 27 IPbPR (Minderheitenschutz).....	242
2.	Stellungnahme, insbesondere auch zu den Folgen für die völkerrechtliche Schutzpflichtendogmatik.....	243
III.	AMRK.....	244
1.	Rechtsprechung und sonstige Spruchpraxis.....	244

a.	Art. 1 Abs. 1 AMRK (Allgemeine Gewährleistungspflicht).....	244
b.	Art. 4 Abs. 1 AMRK (Recht auf Leben)	244
c.	Art. 5 Abs. 1 AMRK (Recht auf menschenwürdige Behandlung) und Art. 5 Abs. 2 S. 1 AMRK (Verbot der Folter).....	247
d.	Art. 7 AMRK (Recht auf persönliche Freiheit)	248
e.	Art. 8 bis 10 AMRK (Recht auf faires Verfahren etc.).....	248
f.	Art. 13 AMRK (Gedanken- und Meinungsäußerungsfreiheit).....	248
g.	Art. 25 AMRK (Rechtsschutzgarantie).....	249
2.	Stellungnahme, insbesondere auch zu den Folgen für die völkerrechtliche Schutzpflichtendogmatik.....	249
IV.	Schutzpflichten im Sonderstatus	251
E.	Schutzpflichten im Bereich von Verfahren und Organisation	252
I.	„Selbstständige“, ausdrücklich geregelte Verfahrensrechte.....	252
II.	„Unselbstständige“ verfahrensrechtliche Elemente materieller Normen.....	253
1.	Straßburger Rechtsprechung zu verfahrensrechtlichen Elementen.....	255
a.	Art. 2 EMRK	255
b.	Art. 3 EMRK	260
c.	Art. 5 EMRK	261
d.	Art. 8 EMRK	262
2.	Ansätze in der übrigen Spruchpraxis.....	263
3.	Verhältnis von aus „selbstständigen“ Verfahrensrechten folgenden Pflichten zu „unselbstständigen“ verfahrensrechtlichen Elementen (Schutzpflichten).....	265
4.	Zusammenfassung und Bewertung verfahrensrechtlicher Elemente als Teil der Schutzpflichtendogmatik	267
F.	Zu der Möglichkeit staatlicher Schutzpflichten bei jedem Menschenrecht.....	271
G.	Folgen der Ergebnisse dieses Kapitels für die Untersuchung in Kapitel 5.....	273

Kapitel 5. Rechtsfindungsmethodik auf der Rechtsfolgenseite	275
A. Einführung.....	275
B. Ermessen	275

I.	Ermessensspielraum: Unterscheidung von Entschließungs- und Auswahlermessen	275
II.	Grenzen.....	278
III.	Kontrolle und Ermessensfehler	279
1.	Kontrolle	279
2.	Mögliche Ermessensfehler.....	280
3.	Sichtweise <i>ex-ante</i> und Betrachtung <i>ex-post</i>	283
C.	Ermessensausübung durch Abwägung.....	283
I.	Abwägung.....	283
II.	Einzustellende Belange	284
III.	Kriterien zur Gewichtung von Belangen im Rahmen der Abwägung	284
1.	Beeinträchtigte Rechte des Opfers	284
a.	Bedeutung und „Sicherheitsempfindlichkeit“ des zu schützenden Rechts	284
b.	Beeinträchtigung des Kern- oder Randbereichs eines Rechts (Intensität).....	286
c.	Gewichtung nach der Art der Rechtsbeeinträch- tigung (Gefahr oder Verletzung).....	287
d.	Rechtswidriges und strafbares Vorverhalten des Opfers („Verletzung einer Obliegenheit“).....	288
e.	Verhinderungsmöglichkeit und -wille des Opfers (<i>volenti non fit iniuria</i>).....	288
f.	Zusätzlicher Kausalbeitrag eines Staates	289
g.	Schaden als Gewichtungskriterium?.....	290
2.	Entgegenstehende Rechte Dritter	290
3.	(Gegenläufige) Allgemein- bzw. Staatsinteressen.....	290
a.	Allgemeininteressen	290
b.	Staatsinteressen	291
4.	Berücksichtigung von Schrankenvorbehalten der Menschenrechte	291
IV.	Abwägungsvorgang.....	292
1.	Grundsatz: „Vernünftiger Ausgleich“ und „vernünftiges Abwägungsergebnis“	292
2.	Abwägung durch das Herstellen von „praktischer Konkordanz“	294
a.	Begriff.....	294
b.	Praktische Konkordanz bei kollidierenden Menschenrechtspositionen	295
c.	Ausgleich gegenläufiger Allgemein- und Staatsinteressen eines Konventionsstaats mit Schutzrechten.....	297

	3. Ausgleich kollidierender Interessen von Drittstaaten mit Schutzrechten	298
V.	Ermessensgrenzen	299
	1. Ermessensreduzierung „auf Null“	299
	2. Ermessensreduzierung entsprechend der Art der staatlich geschuldeten Maßnahme?.....	303
	3. Schrankenvorbehalte.....	305
	4. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	305
	a. Der Grundsatz.....	305
	b. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz: Implikation durch Normstruktur und -zugehörigkeit	306
	c. Begriff und Definition(en).....	307
	d. Bedeutung des Grundsatzes der Verhältnis- mäßigkeit im Bereich der Menschenrechte	308
	e. Verhältnismäßigkeit bei Schutzrechten: Das Untermaßverbot	309
	aa. Legitimer Zweck.....	309
	bb. Auswahl möglicher Förderungshandlungen	310
	cc. Geeignetheit	310
	dd. Erforderlichkeit	311
	ee. Angemessenheit (Verhältnismäßigkeit „i. e. S.“).....	311
	(1) Anwendbarkeit dieses Prüfungspunkts im Bereich der Menschenrechte	311
	(2) Inhalt.....	312
	ff. Keine Verpflichtung zur Vornahme bestimmter Maßnahmen, „Untermaßgebot“	314
	f. Zur Bedeutung des <i>fair-balance-Tests</i> des EGMR	315
	5. Wesensgehaltsgarantie	316
D.	Allgemeine Grenzen völkerrechtlicher Schutzpflichten	317
	I. Keine absolute Verhinderungspflicht (Restrisiko, allgemeines Lebensrisiko)	317
	II. Keine staatliche Erfolgsverhinderungsgarantie bzw. Erfolgsgarantie.....	319
	III. Keine Pflicht zur Vornahme bestimmter Maßnahmen.....	320
	IV. Entfall der Schutzpflicht bei Missbrauch	320
	V. Grenze tatsächlicher und rechtlicher Unmöglichkeit.....	321
	1. Faktische Unmöglichkeit	321
	a. Begriff und Inhalt	321
	b. Grenze der finanziellen Leistungsfähigkeit eines Staates.....	322
	c. Kapazitäten für den Notfall.....	323

2. Rechtliche Unmöglichkeit.....	323
a. Begriff und Inhalt	323
b. Behandlung von entgegenstehendem nationalen Recht	324
VI. Grenze des Überobligatorischen.....	324
VII. Treu und Glauben.....	325
VIII. Einwand der Erfüllung	325
E. Das mögliche Maß an Schutz – Einzelfragen	325
I. Schutzpflichten: Nur positives Tun oder auch Unterlassen?.....	325
II. Das Spektrum möglicher Maßnahmen von präventiv bis repressiv.....	326
1. Präventive Maßnahmen	327
2. Repressive Maßnahmen.....	328
III. Das Mindestmaß an Schutz („Minimalanforderungen“)	330
IV. Keine Verpflichtung zur Vornahme bestimmter Handlungen	335
V. Handlungs- oder Erfolgsgarantie?.....	335
VI. Bezugspunkte zur Entscheidung über den Umfang staatlicher Schutzpflichten.....	337
1. Stufung gemäß der Bedeutung des Rechts	337
2. Stufung aufgrund der Schwere der Rechtsbeeinträchtigung (Kern- oder Randbereich)	339
3. Stufung anhand der Art der Rechtsbeeinträchtigung (Gefahr oder Verletzung)	339
4. Stufung nach der Wirkung des jeweils eingesetzten Mittels	339
5. Stufung bei Schrankenvorbehalten	340
6. Berücksichtigung von Schutzaufträgen.....	340
7. Stufung bei <i>volenti non fit iniuria</i> und rechtswidrigem Vorverhalten des Opfers.....	340
8. Stufung unter Berücksichtigung von staatlichen Kausalbeiträgen	341
9. Zusätzliche Schadensersatz- und Entschädigungs- pflicht in Fällen (im)materieller Schäden	341
VII. Einzelanforderungen an die drei Gewalten.....	342
1. Legislative	343
2. Exekutive	350
3. Judikative.....	352

Kapitel 6. Prozessuale Fragen	355
A. Einleitung.....	355
B. Rechtsschutz	356
I. Rechtsschutzformen.....	356
II. Mögliche Rechtsmittel von EMRK, IPbpR und AMRK.....	356
1. Rechtsmittel der EMRK.....	356
2. Rechtsmittel des IPbpR.....	357
3. Rechtsmittel der AMRK	357
C. Fragen der Durchsetzung von Schutzrechten.....	358
I. Beschwerdebefugnis (<i>ius standi</i>).....	358
1. Staaten (Heimatstaat des Opfers)	359
2. Staatengemeinschaft (<i>erga omnes</i>)	359
3. Sonstige Konventionsorgane.....	361
4. Individuen (Opfer).....	361
a. EMRK	362
b. IPbpR	362
c. AMRK.....	363
d. Besonderheiten bei der Geltendmachung verfahrensrechtlicher Elemente (Schutzpflichten).....	363
II. Subjektives Recht auf Einhaltung von Schutzrechten (Schutzanspruch).....	363
1. Problemaufriss	363
2. Voraussetzungen zur Entstehung eines Schutzanspruchs.....	364
a. Staatliche Rechtspflicht.....	365
b. Drittrichtungscharakter von Schutzrechten.....	365
c. Rechtsmittel Individualbeschwerde.....	366
d. Individuen als Völkerrechtssubjekte.....	366
e. Zwischenergebnis	367
3. Anspruchsinhalt	367
a. Anspruch auf Einhaltung von Schutzpflichten schlechthin	368
b. Kein Anspruch auf Vornahme einer bestimmten Schutzpflichtmaßnahme	368
D. Behandlung mehrerer Menschenrechtsverletzungen in einem Verfahren.....	368
E. Beweisprobleme und ihre Lösungen.....	370
I. Einleitung.....	370
1. Beweisprobleme und Beweisregeln	370
2. Beweislast und Amtsermittlung.....	372

3. Staatliche Mitwirkungspflicht – Fehlende Mitwirkungspflicht als Argument für staatliche Verantwortlichkeit	374
II. Ansätze zur Lösung von Beweisproblemen	375
1. Vor einer Beweiserhebung: Durch schlüssigen Vortrag und fehlende Erheblichkeit einer Erwiderung....	376
a. Grundsatz	376
b. Stellungnahme	379
2. Beweiserleichterungen im Rahmen der Beweiserhebung	380
a. Grundsatz: Volle richterliche Überzeugung	380
b. Überzeugungsbildung durch Vermutungen.....	381
aa. Indizienbeweis durch allgemeine Staatenpraxis ...	381
(1) Grundsatz.....	381
(2) Stellungnahme	382
(3) Zur universellen Übertragbarkeit der Beweisregel.....	383
bb. Anscheinsbeweis.....	383
(1) Grundsatz.....	383
(2) Stellungnahme	384
(3) Zur universellen Übertragbarkeit.....	385
3. Möglichkeiten der Überwindung von Beweisfähigkeit nach erfolgloser Beweisaufnahme	385
a. Feststellung der Verletzung eines verfahrensrechtlichen Elements	386
b. Feststellung der Verletzung von Schutzpflichten „materieller Art“	386
Teil 4. Ergebnisse der Untersuchung und Schlussbetrachtung.....	389
A. Ergebnisse der Untersuchung (Teile 2 und 3)	389
I. Ergebnisse zu Teil 2: (Normstruktur völkerrechtlicher Schutzrechte)	389
II. Ergebnisse zu Teil 3: Schutzpflichten im Völkerrecht – Darstellung anhand ausgewählter Menschenrechtsverträge.....	393
1. Einführung in die Problematik des dritten Teils	393
2. Kapitel 1: Grundlagen und allgemeine Lehren.....	393
3. Kapitel 2: Rechtsgrund völkerrechtlicher Schutzrechte	397

4. Kapitel 3: Tatbestandsvoraussetzungen völkerrechtlicher Schutzrechte	401
5. Kapitel 4: Schutzpflichten – Eine Bestandsaufnahme der menschenrechtlichen Spruchpraxis (Kasuistik)	410
6. Kapitel 5: Rechtsfindungsmethodik auf der Rechtsfolgenseite	416
7. Kapitel 6: Prozessuale Fragen	421
B. Schlussbetrachtung.....	425
Summary	437
Literaturverzeichnis	439
Sachregister	471

Abkürzungsverzeichnis

A	Serie A, Sammlung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte
a. A.	andere Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
a. F.	alte Fassung
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AdV	Archiv des Völkerrechts
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10.12.1948
AfrMRK	Banjul Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker vom 27.6.1981
AJIL	American Journal of International Law
AUJILP	American University Journal of International Law and Policy
AMRK	Amerikanische Menschenrechtskonvention vom 22.11.1969
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
Art.	Artikel
ausf.	ausführlich
AVR	Archiv des Völkerrechts
B	Serie B, Protokoll der mündlichen Verhandlungen und andere Prozessmaterialien des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte
BayVBl	Bayerische Verwaltungsblätter
Bd.	Band
BDGV	Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
Bf.	Beschwerdeführer

BGH	Bundesgerichtshof
bspw.	beispielsweise
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
CEDH	Convention Européenne des Droits de l'Homme du 4.11.1950
Communication	(Staaten- und Individual-)Beschwerde im Rahmen des IPbpR
conc. op.	concurring opinion
D & R	Decisions and reports / Décisions et rapports, amtliche Sammlung der Europäischen Kommission für Menschenrechte seit 1975
d. h.	das heißt
ders.	derselbe
diesbzgl.	diesbezüglich
diss. op.	dissenting opinion
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
dt.	deutsch (e, es, er)
DVB1	Deutsches Verwaltungsblatt
ECHR	European Convention on Human Rights of 4.11.1950
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EHRLR	European Human Rights Law Review
EJIL	European Journal of International Law
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
ELR	European Law Review
EMRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4.11.1950
etc.	et cetera

EU	Europäische Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europarecht
f., ff.	folgende, fortfolgende
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
Fordham ILJ	Fordham International Law Journal
FP.	Fakultativprotokoll
FS	Festschrift
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht
GenC	<i>General Comment</i> , Allgemeine Stellungnahme des UN-Menschenrechtsausschusses
German Yb. of IL	German Yearbook of International Law
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
grds.	grundsätzlich
GYIL	German Yearbook of International Law
Harvard ILJ	Harvard International Law Journal
Hdb StR	Handbuch des Staatsrechts
HRLJ	Human Rights Law Journal
HRQ	Human Rights Quarterly
Hrsg.	Herausgeber
i. B. a.	in Bezug auf
i. d. R.	in der Regel
i. E.	im Ergebnis
i. e. S.	im engeren Sinn
i. R. d.	im Rahmen des / der
i. S. d.	im Sinne des / der
i. ü.	im übrigen
i. V. m.	in Verbindung mit
i. w. S.	im weiteren Sinn
IAGMR	Inter-Amerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte
IAKMR	Inter-Amerikanische Kommission für Menschenrechte

ICLQ	International and Comparative Law Quarterly
insb. / insbes.	insbesondere
IPbpR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19.12.1966
jew.	jeweils
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts
JR	Juristische Rundschau
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristische Zeitung
KJ	Kritische Justiz
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaften
Lit.	Literatur
M. E.	meines Erachtens
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
Michigan JIL	Michigan Journal of International Law
Netherlands Yb. of IL	Netherlands Yearbook of International Law
n. F.	neue(r) Fassung
NILR	Netherlands International Law Review
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nordic JIL	Nordic Journal of International Law
Nr., Nrn.	Nummer, Nummern
NTER	Nederlands tijdschrift voor Europees recht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
o. Ä.	oder Ähnliche (s/r)
o. g.	oben genannte (s/r)
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
PolR	Polizeirecht
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Report	Reports of Judgments and Decisions / Recueil des arrêts et décisions, Sammlung der Urteile und Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte

Res.	Resolution
Rn.	Randnummer
Rspr.	Rechtsprechung
RTDH	Revue Trimestrielle des Droits de l'Homme
RUDH	Revue Universelle des Droits de l'Homme
Rz.	Randzeichen
s.	siehe
S.	Seite
s. o.	siehe oben
Serie	Series of Judgments and Decisions
SJZ	Schweizerische Juristenzeitung
sog.	sogenannte (r/s)
StaatsR	Staatsrecht
StrafR	Strafrecht
teilw.	teilweise
u. a.	und andere / unter anderem
u. ä.	und ähnliche (s)
u. U.	unter Umständen
UN	United Nations
UN-HRCee	United Nations Human Rights Committee, UN-Menschenrechtsausschuss
v.	von / vom
v.	versus, gegen
VerfO	Verfahrensordnung
VerwR	Verwaltungsrecht
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vol.	Volume
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
WVK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge vom 23.5.1969

Yb.	Yearbook of the European Convention on Human Rights / Annuaire de la Convention européenne des droits de l'homme
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
Ziff.	Ziffer
ZP.	Zusatzprotokoll
ZStrW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft

Hinsichtlich der weiteren Abkürzungen wird verwiesen auf *Kirchner*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 4. Auflage, Berlin 1993.